



Amtsgericht Lemgo

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Montag, 14.07.2025, 10:00 Uhr,
Sitzungssaal 102, Am Lindenhaus 2, 32657 Lemgo**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Extertal, Blatt 4644,

BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Rott, Flur 1, Flurstück 423, Gebäude- und Freifläche, Zum Grundberg 34, Größe: 454 m²
versteigert werden.

Laut Wertgutachten ist das 454 große Grundstück mit einer eingeschossigen Ferien-Doppelhaushälfte mit ausgebautem Dachgeschoss in Holzständerwerkbauweise (Baujahr: 1994) bebaut. Das Objekt ist teilmöbliert incl. Einzelofen. Die Wohn-/Nutzfläche beträgt ca. 63 qm. Auf dem Grundstück sind straßenseitig 4 PKW-Stellplätze vorhanden. Davon sind 3 gemäß Grunddienstbarkeitsbestellungen Dritten zur dauerhaften Nutzung überlassen. Das Objekt ist derzeit als Lagerfläche vermietet. Laut Sachverständigem machen das Ferienhaus und die Außenanlage einen ungepflegten Eindruck. Die Nutzung als Dauerwohnsitz ist ausgeschlossen - Sondernutzungsgebiet "Erholung"-.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 20.09.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

50.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.